

Diakonisches Werk • Postfach 8 25 • 24758 Rendsburg

An die Vorsitzende des Sozialausschusses  
Frau MdL Katja Rathje-Hoffmann

Per E-Mail an  
[sozialausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:sozialausschuss@landtag.ltsh.de)

Rendsburg, 22.04.2024

**Schriftliche Anhörung des Sozialausschusses zum Thema "Bericht zu Suiziden und zur Suizidprävention in Schleswig-Holstein", Drucksache 20/1771**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Diakonische Werk Schleswig-Holstein Landesverband der Inneren Mission e.V. bedankt sich für die Gelegenheit, Stellung zu dem o.g. Bericht nehmen zu können.

Wir bedanken uns für den umfangreichen und informativen Bericht der Landesregierung zu Suiziden und Suizidprävention in Schleswig-Holstein. Die in der Landtagsdebatte vom 24. Januar 2024 mehrfach genannte „Vision Zero“ in Hinblick auf Todesfälle durch Suizid unterstützen wir ausdrücklich. Prävention muss zum einen länderübergreifend organisiert sein, um Betroffenen einheitliche und unkomplizierte Zugänge zu Hilfsangeboten zu bieten, egal wo und wann sie Suizidgedanken haben. Dazu erwarten wir den für April angekündigten Entwurf der Bundesregierung für eine Nationale Suizidpräventionsstrategie. Zum anderen findet wirksame Suizidprävention aber im Nahraum der Betroffenen statt. Dafür sind Strategien und Maßnahmen auf Ebene der Kommunen und des Landes erforderlich.

**Mitarbeitende und Ehrenamtliche fortbilden**

Auslöser oder Verstärker von suizidalen Gedanken sind oft belastende Erlebnisse, akute Krisen und Abhängigkeitserkrankungen. In den unterschiedlichen Hilfsangeboten diakonischer und kirchlicher Einrichtungen suchen Menschen in existenziellen Nöten Beratung und Unterstützung. Sehr regelmäßig werden die Mitarbeitenden mit Aussagen konfrontiert wie „So will ich nicht mehr leben“ oder konkreten suizidalen Absichten. Diese Situation findet sich nicht nur in den besonders prekären Feldern wie der Psychiatrie oder der Suchthilfe, sondern ebenso in der Wohnungslosenhilfe, Schuldnerberatung, aber

**Diakonisches Werk  
Schleswig-Holstein**

Landesverband der  
Inneren Mission e. V.

Heiko Naß  
Landespastor

Kanalufer 48  
24768 Rendsburg

Telefon: +49 4331 593-111  
Telefax: +49 4331 593-35111  
nass@diakonie-sh.de  
[www.diakonie-sh.de](http://www.diakonie-sh.de)

Diakonisches Werk  
Schleswig-Holstein  
Landesverband der  
Inneren Mission e.V.  
Kanalufer 48  
Martinshaus  
24768 Rendsburg

Telefon +49 4331 593 - 0  
Telefax +49 4331 593 - 244  
info@diakonie-sh.de  
[www.diakonie-sh.de](http://www.diakonie-sh.de)

Gesetzliche Vertreter  
Heiko Naß  
Landespastor und  
Sprecher des Vorstandes  
Kay-Gunnar Rohwer  
Kaufmännischer Vorstand

Zentrales Spendenkonto:  
Evangelische Bank eG Kiel  
BIC GENODEF1EK1  
IBAN  
DE48520604100406403824

Spendenkonto:  
Brot für die Welt:  
Evangelische Bank eG Kiel  
BIC GENODEF1EK1  
IBAN  
DE92520604100506403824

Steuernummer: 20 290 82249

Vereinsregister-Nr.: 226

auch Quartiersarbeit, in der Pflege oder in den Erziehungs- und Familienberatungsstellen.

Deutlich wird in solchen Äußerungen, dass die Betroffenen ihre Lebensumstände nicht mehr ertragen können oder wollen. Die Mitarbeitenden in der sozialen Arbeit, Pflege oder Betreuung sind in der Situation herausgefordert, sensibel und angemessen das Gespräch aufzunehmen, auszutarieren, welche Hilfsmöglichkeiten es gibt und gegebenenfalls an spezialisierte Einrichtungen weiter zu verweisen. Im Rahmen einer frühzeitigen Prävention gilt es daher, sowohl Fachkräfte als auch ehrenamtlich Engagierte sozialer Angebote, zu sensibilisieren, weiterzubilden und in ihrer Kompetenz zu stärken, Gespräche in schweren Lebenskrisen zu führen.

### **Soziale Sicherung als Prävention**

Eine gesellschaftliche Aufgabe ist es, Risikofaktoren zu mindern. Dazu gehören aus unserer Sicht zentral die im Bericht angeführten universellen Maßnahmen zur sozialen Sicherung.

Insbesondere zur Suizidprävention im Alter gehört es, die Sorge zu mindern, keine ausreichende Pflege zu bekommen oder diese nicht zahlen zu können. Eine gute pflegerische Versorgung mit ausreichend Zeit, bezahlbare Pflegeleistungen und ein Ausbau der Palliativversorgung sichern Lebensqualität. Der Umbau der Pflegeversicherung muss so erfolgen, dass Stellenbemessungen dem Pflegebedarf entsprechend finanziert werden und Pflegebedürftige individuell in der fachlich gebotenen Weise gepflegt und begleitet werden können. Die Finanzierung der Pflege ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

### **Soziale Teilhabe**

Suizidalität geht häufig mit Einsamkeit einher und dem Mangel an Einbindung in soziale Gefüge. Die Bekämpfung von Einsamkeit ist daher ein wichtiger Baustein der Prävention. Das betrifft nicht nur Menschen im Alter, sondern ebenso Kinder und Jugendliche. Die Förderung von Gruppenangeboten im Sozialraum sollte also auch aus präventiven Gründen sichergestellt werden.

Aufsuchende Hilfen wie das Modell der Gemeindegewerkschaft bzw. Dorfkümmere können frühzeitig Bedarfe und Gefährdungen wahrnehmen und die soziale Teilhabe fördern. Sie sollten im Rahmen der kommunalen Altenhilfe als Pflichtaufgabe regelhaft gefördert werden.

### **Gewaltfreies Aufwachsen**

Die Mitarbeitenden in der Schulsozialarbeit, in der Kinder- und Jugendhilfe berichten von vermehrten psychischen Traumata und hoher Belastung bei Kindern und Jugendlichen, die sich in selbstverletzendem Verhalten, eigener Gewalt bis hin zu Suizid(versuchen) zeigen.

Kinder und Jugendliche benötigen für ihre seelische Gesundheit, die Entwicklung von Selbstwert und gesicherter Identität eine anregende und gewaltfreie Umgebung. Gleichzeitig steigen aktuell die Gefährdungen, wie auch der Gefährdungsatlas des BPjM/BzKJ diese 2019 anschaulich darstellt.

Neben besserer personeller Ausstattung in den Hilfen braucht es mehr Plätze in den Kinder- und Jugendpsychiatrien, um Wartezeiten zu verkürzen. Notwendig sind gewaltfreie Räume, die moderiert werden durch Soziale Arbeit – offline wie auch im digitalen Raum. Eine Lösung wäre die Etablierung von Digital Streetwork und die Erweiterung der digitalen Beratung über die AKJS SH.

### **Versorgung im ländlichen Raum**

Der Bericht der Landesregierung stellt die regionale Verteilung der stationären psychiatrischen und psychosomatischen Versorgung dar. Bereits hier ist in der tagesklinischen Versorgung ein Stadt/Land-Gefälle sichtbar. Aus unserer Sicht wäre es im Sinne der Prävention notwendig, flächendeckend die

Verfügbarkeit niedrigschwelliger und unkomplizierter Kontaktangebote im Krisenfall sicherzustellen. Das kann auch über telefonische, Chat- oder Videoberatung geschehen. Insbesondere junge Menschen haben so ggf. einen leichteren Zugang zu Hilfsangeboten.

Die psychologischen Beratungsstellen, die in der Regel sowohl Erziehungs- und Familienberatung als auch Paar- und Lebensberatung anbieten, sind flächendeckend wichtige Anlaufstellen für Menschen in Krisen, auch mit suizidalen Gedanken und Handeln. Bisher ist die niedrigschwellige Lebensberatung jedoch nicht regelmäßig finanziert und somit gefährdet. Dadurch kann absehbar eine Unterversorgung für Menschen in Krisen in den Regionen entstehen. In Hinblick auf Suizidprävention ist es erforderlich, die bestehenden Beratungsangebote in ihrer Finanzierung verlässlich abzusichern, so wie es im Koalitionsvertrag vorgesehen war.

Ergänzend möchten wir auf das Positionspapier der Diakonie Deutschland zu einem geplanten Suizidpräventionsgesetz hinweisen: [2022-02-17 Diakonie Positionspapier Suizidpräventionsgesetz.pdf](#)

Mit freundlichen Grüßen



Heiko Naß  
Landespastor